



Baden-Württemberg

# **Verkehrssicherheitspakt der Landesregierung**

---



# Baden-Württemberg

## Inhalt

---

Einführung.....	3
1 Stärkere Vernetzung der Verkehrssicherheitsarbeit des Landes .....	4
2 Förderung der aktiven und sicheren Mobilität der sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.....	5
3 Erhöhung der Motorradsicherheit bei gleichzeitiger Ausschöpfung der bestehenden Handlungsmöglichkeiten zur wirksamen Reduzierung von Motorradlärm .....	7
4 Ausbau der lageorientierten Verkehrsüberwachung unter konsequenter Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten in Verbindung mit der Erweiterung des Rechtsrahmens.....	8
5 Verbesserung der Straßenausstattung.....	9
6 Ausbau des Verkehrssicherheitsscreenings und Optimierung des Datenmanagements.....	10
7 Optimierung der behördlichen Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene .....	11
8 Bestmögliche Nutzung neuester Verkehrssicherheitstechniken.....	12
9 Ausweitung der gemeinsamen Fortbildungen und des Wissensaustauschs .....	13
10 Weitere Optimierungen der Unfallverhütung zur Erreichung der „Vision Zero“ .....	14



# Baden-Württemberg

## Einführung

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen und genießt in der Landesregierung oberste Priorität. Es ist unser Ziel, das Verkehrssystem für alle Nutzergruppen – ob Pkw-, Lkw- oder Motorrad-Fahrerinnen und -Fahrer, ob Radfahrerinnen und Radfahrer oder Fußgängerinnen und Fußgänger, ob jung oder alt – nachhaltig und sicher zu gestalten. Denn jeder Verkehrstote ist einer zu viel. Diesen Anspruch an eine „Vision Zero“ ohne Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr wurde auch im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg festgeschrieben. Schon jetzt machen die verschiedenen Ressorts mit zahlreichen Maßnahmen den Straßenverkehr in Baden-Württemberg sicherer.

Um die ambitionierten Ziele der Vision Zero zu erreichen, sind jedoch noch größere Anstrengungen von Nöten, weshalb die Verkehrssicherheitsarbeit in Baden-Württemberg in der 17. Legislaturperiode gebündelt und ausgebaut werden soll. Dazu wurde innerhalb der Landesregierung unter gemeinsamer Federführung des Innen- und Verkehrsministeriums sowie unter Beteiligung des Kultusministeriums und des Ministeriums für Ländlichen Raum ein Verkehrssicherheitspakt entwickelt.

Verkehrssicherheit ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, das nur durch aktive und intensive Arbeit aller daran Beteiligten zum Erfolg führen kann. Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit bedarf der Mithilfe aller – auch der Bürgerinnen und Bürger. Darum wirbt die Landesregierung weiterhin für eine neue Fahrkultur in Baden-Württemberg, bestehend aus gegenseitiger Rücksichtnahme und Fairness im Straßenverkehr. Die zahlreichen Partnerinstitutionen und -organisationen der Verkehrssicherheitsarbeit leisten hierbei mit ihrem Engagement vor Ort bereits einen unverzichtbaren Beitrag in der Verkehrsunfallprävention.

Der Verkehrssicherheitspakt legt zehn kompakte und übersichtliche Eckpunkte fest, die mit zahlreichen Einzelmaßnahmen konkretisiert und nachhaltig umgesetzt werden sollen. Auf dem Weg zur Vision Zero darf es keine Denkverbote geben und so werden wir unsere bisherigen Aktivitäten verstärken, aber auch neue und innovative Maßnahmen ergreifen.



# Baden-Württemberg

## **I Stärkere Vernetzung der Verkehrssicherheitsarbeit des Landes**

Für eine wirksame Verkehrssicherheitsarbeit ist das Zusammenwirken aller für die Verkehrssicherheit zuständigen Institutionen und Organisationen erforderlich. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss im Rahmen bestehender Zuständigkeiten gemeinsam bewältigt werden.

### Ziel:

Die Zusammenarbeit soll zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf allen behördlichen Ebenen, ressortübergreifend sowie unter allen an der Verkehrssicherheit beteiligten Institutionen, Organisationen, Vereine und Verbände intensiviert und verstetigt werden.

### Maßnahmen:

- a) Einrichtung eines fachlichen Arbeitskreises „Vision Zero“ zwischen Innenministerium und Verkehrsministerium, welcher vierteljährlich tagt und situativ um weitere Experten erweitert wird;
- b) Organisation und Durchführung einer baden-württembergweiten Verkehrssicherheitskonferenz alle zwei Jahre (erstmalig 2024) zur Förderung des fachlichen Austauschs unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse;
- c) Förderung der Vernetzung und des Austauschs auf allen behördlichen Ebenen von den Ministerien bis zu den Mitgliedern der Verkehrsschau- und Unfallkommissionen;
- d) Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VERKEHR zur Gestaltung und Umsetzung gemeinsamer Präventionskampagnen und -aktivitäten.

### Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium, Innenministerium



## Baden-Württemberg

### **2 Förderung der aktiven und sicheren Mobilität der sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer**

Sogenannte schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind besonders schutzwürdig. Hier sind neben Kindern insbesondere der Rad- und Fußverkehr, ältere Menschen und Menschen mit (Mobilitäts-) Behinderung zu nennen. Der Radverkehr ist dabei ein zentraler Träger der Mobilitätswende. In den zurückliegenden Legislaturperioden wurden bereits einzelne Projekte für die Förderung der nachhaltigen, selbstaktiven und sicheren Mobilität umgesetzt.

#### Ziel:

Die nachhaltige, selbstaktive und sichere Mobilität und Teilhabe aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer soll konsequent weiter gefördert werden. Die Belange der Barrierefreiheit sind hierbei konsequent zu berücksichtigen.

#### Maßnahmen:

- a) Stärkung der Sicherheit des Rad- und Fußverkehrs, durch durchgängige richtlinienkonforme Infrastrukturnetze und die Entflechtung von Verkehrsarten;
- b) Verbesserung der Sichtbeziehungen an Kreuzungen und Einmündungen sowie Erleichterung sicherer Straßenquerungen;
- c) Stetige, passgenaue Schwerpunktsetzung in der Verkehrsüberwachung und der Verkehrsunfallprävention;
- d) Konsequente Umsetzung der Aktion „Sicherer Schulweg“ und des Landesprogramms „Aktiv zur Schule“;
- e) Ausbau der praktischen Radfahrausbildung durch Aufnahme einer fünften praktischen Unterrichtseinheit;
- f) Beschleunigte Schließung von Netzlücken inner- und außerorts;
- g) Fortführung und Weiterentwicklung flächendeckender und zielgruppenspezifischer Bildungsangebote, Kampagnen und Trainings;
- h) Konsequente Berücksichtigung der Verkehrssicherheit bei Umsetzung und Fortschreibung der RadSTRATEGIE und Erstellung einer Fußverkehrsstrategie



## Baden-Württemberg

- i) Ausbau von verkehrsunfallpräventiven lokalen Verkehrssicherheitspartnerschaften.

Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium, Innenministerium, Kultusministerium



## Baden-Württemberg

### **3 Erhöhung der Motorradsicherheit bei gleichzeitiger Ausschöpfung der bestehenden Handlungsmöglichkeiten zur wirksamen Reduzierung von Motorrادلärm**

Trotz eines relativ geringen Anteils am Verkehrsaufkommen ist rund jede fünfte Verkehrstote bzw. jeder fünfte Verkehrstote eine Motorradfahrerinnen oder ein Motorradfahrer. Hinzu kommt, dass in den Sommermonaten in einigen Regionen mit beliebten Motorradstrecken die Lebens- und Urlaubsqualität durch Motorrادلärm erheblich beeinträchtigt wird.

#### Ziel:

Die Motorradsicherheit soll weiter gesteigert und die Lärmbelastigung durch Motorräder weiter gesenkt werden.

#### Maßnahmen:

- a) Fortführung des 5-Punkte Plans des Innenministeriums;
- b) Intensivierung der Nachrüstung von Motorradunterfahrerschutzsystemen und flexiblen Kurvenleittafeln zur Reduzierung der Unfallschwere;
- c) Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten von Geschwindigkeitsreduzierungen oder auch Streckensperrungen als Ultima Ratio auf ausgewiesenen Motorradstrecken zur Verbesserung der Verkehrssicherheit;
- d) Testung und ggf. Einführung innovativer Ansätze zur Steigerung der Motorradsicherheit wie z. B. neue Markierungslösungen.

#### Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium, Innenministerium



## Baden-Württemberg

### 4 **Ausbau der lageorientierten Verkehrsüberwachung unter konsequenter Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten in Verbindung mit der Erweiterung des Rechtsrahmens**

Bei der Bekämpfung schwerer Verkehrsunfälle kommt neben vielschichtiger verkehrsunfallpräventiver Maßnahmen insbesondere der Verkehrsüberwachung als repressives Element eine entscheidende Rolle zu. Hierbei sind die Wirkzusammenhänge zwischen Verhaltensänderung und Sanktionshöhe sowie Entdeckungswahrscheinlichkeit wissenschaftlich erwiesen.

#### Ziel:

Die Hauptunfallursachen für schwere Verkehrsunfälle sollen bekämpft sowie die Normentreue aller Verkehrsteilnehmenden verbessert werden.

#### Maßnahmen:

- a) Konsequente Verkehrsüberwachung und Fortführung der Ausstattung der Polizei mit modernster Verkehrsüberwachungstechnik sowie damit einhergehend die Beschaffung weiterer semistationärer Geschwindigkeitsmessanlagen;
- b) Konsequente Umsetzung des Falschparker-Erlasses und des Posing-Erlasses;
- c) Bedarfsgerechter Ausbau der Fahrradeinheiten der Polizei;
- d) Stärkung der personellen Ausstattung von Bußgeld- und Ordnungsbehörden, insbesondere zur Überwachung des ruhenden Verkehrs;
- e) Prüfung der Einführung einer digitalen Parkraumkontrolle;
- f) Vorantreiben der Erhöhung des Sanktionsniveaus für gefährliche Verkehrsverstöße sowie einer verfassungsgemäßen Halterhaftung und Halterkostenhaftung auf Bundesebene;
- g) Überprüfung der Kompetenzen des Gemeindevollzugsdienstes im Bereich des fließenden Verkehrs im niedrigen Geschwindigkeitsbereich;
- h) Anstoß zur Prüfung der Möglichkeiten einer Überwachung des ruhenden Verkehrs auch in Tagesrandzeiten und an Wochenenden durch den Gemeindevollzugsdienst.

#### Zuständigkeiten:

Innenministerium, Verkehrsministerium





## Baden-Württemberg

### 5 Verbesserung der Straßenausstattung

Ein Schwerpunkt der Verkehrssicherheitsarbeit liegt auf den Landstraßen; hier ist der Großteil der Verkehrstoten zu beklagen. Eine wichtige Rolle kommt der Gestaltung einer sicheren Straße zu, welche die Konsequenzen menschlichen Fehlverhaltens abschwächt und mögliche Unfallfolgen abmildert. Hierzu tragen hindernisfreie Seitenräume und ein hoher zielgerichteter Ausstattungsgrad an Schutzeinrichtungen zur Verringerung der Unfallfolgen bei Abkommensunfällen bei. Einwandfreie Markierungen, Beschilderungen und Wegweisungen sind für die Orientierung des Verkehrsteilnehmenden auf der Straße unerlässlich.

#### Ziel:

Die Verbesserung und Verstetigung der Straßenausstattung sowie die Reduzierung von Hindernissen im Seitenraum der Straße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landstraßen sollen gefördert werden.

#### Maßnahmen:

- a) Fortführung des Sonderprogramms der Straßenausstattung und Erhöhung um 5 Mio. Euro auf insgesamt 10 Mio. Euro;
- b) Regelmäßige Erneuerung von Fahrbahnmarkierungen sowie Ergänzung von Fahrbahnmarkierung für Radfahrende an Kreuzungen;
- c) Regelmäßige Überprüfung der Nachtsichtbarkeit von Verkehrsschildern und entsprechende Erneuerung;
- d) Beseitigung von Hindernissen im Straßenseitenraum bzw. Absicherung durch Fahrzeugrückhaltesysteme.

#### Zuständigkeit:

Verkehrsministerium



## Baden-Württemberg

### 6 **Ausbau des Verkehrssicherheitscreenings und Optimierung des Datenmanagements**

Eine valide Datenbasis sowie digitalisierte Prozesse ermöglichen eine effektive und effiziente Verkehrssicherheitsarbeit. Übertragungsfehler können so minimiert, Ressourcen geschont und der Datenaustausch beschleunigt werden.

#### Ziel:

Die Digitalisierung und Datenerfassung insbesondere des Verkehrssicherheitscreenings soll weiter ausgebaut werden.

#### Maßnahmen:

- a) Verstärkte Nutzung und Weiterentwicklung des Verkehrssicherheitscreenings;
- b) Verbesserung der Datengrundlage, des Datenaustauschs sowie der Datenpflege durch digitale Werkzeuge zur schnelleren und valideren Unfalldatenerfassung, Aufbau eines landesweiten, digitalen Verkehrszeichenkatasters sowie Schulungen zur Unfalldatenerfassung bzw. -verarbeitung;
- c) Ausbau des schnittstellenbasierten Datentransfers, bspw. durch die Ertüchtigung der OWi21-Schnittstelle;
- d) Verbessertes Unfalllagebild durch georeferenzierte Einbeziehung der Kleinstunfälle sowie verstärkte regionale Unfallauswertung;
- e) Verdichtung der Verkehrsdatenerfassung auf Bundes- und Landesstraßen. Für Belange der Verkehrssicherheit können an neuralgischen Punkten entsprechende Sensoren zum Einsatz kommen, zum Beispiel Webcams oder Wettersensoren.
- f) Anstoß für eine Novellierung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes (StVUnfStatG) auf Bundesebene zur Optimierung der Datengrundlage in der Verkehrsunfallprävention

#### Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium, Innenministerium



## Baden-Württemberg

### 7 Optimierung der behördlichen Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene

Bei der Erkennung möglicher Gefahrenstellen und der Beseitigung von Unfallhäufungsstellen und -linien spielen die 150 Verkehrsschau- und Unfallkommissionen im Land eine entscheidende Rolle. Für deren Arbeit ergeben sich Verbesserungspotenziale durch die Digitalisierungsvorhaben (Punkt 6).

#### Ziel:

Vor-Ort-Begutachtungen sowie Maßnahmen zur Beseitigung von möglichen Gefahrenstellen oder erkannten Unfallhäufungsstellen und -linien sollen schnellstmöglich und priorisiert durchgeführt werden.

#### Maßnahmen:

- a) Nutzung des Verkehrssicherheitscreenings und weiterer digitaler Werkzeuge zur Optimierung der Verkehrsschau- und Unfallkommissionsarbeit in Qualität (Datengrundlage) und Quantität (Häufigkeit) durch
  - praxisgerechte Vor-Ort-Arbeit durch systematisierte, digital gestützte Abläufe, effiziente Dokumentation und Fristenüberwachung;
  - digitale Unterstützung bei der Maßnahmenfindung;
  - Qualitätssicherung durch systematische Wirksamkeitskontrolle;
  - Erfassung von Daten zur zielgerichteten Schulung und Unterstützung;
  - „Lernen vom Besten“: Behördenübergreifender Erfahrungsaustausch; digitale Bereitstellung von Best Practice-Lösungen.
- b) Vereinfachung und Stärkung der öffentlichen Hand zur Klärung von Bürgerfragen.

#### Zuständigkeit:

Verkehrsministerium



## Baden-Württemberg

### 8 Bestmögliche Nutzung neuester Verkehrssicherheitstechniken

Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie halten zunehmend Einzug ins Verkehrsgeschehen. Dies zeigt sich sowohl am Umfang elektronischer Steuerungsmittel und zugehöriger Software in Fahrzeugen als auch am Engagement von Firmen aus dem IT-Bereich in der Fahrzeugtechnik.

Mit der voranschreitenden Digitalisierung bieten sich Chancen, die Sicherheit im Straßenverkehr weiter zu erhöhen. Modernen Fahrerassistenzsystemen kommt bereits heute eine erhebliche Bedeutung zu.

#### Ziel:

Die Verkehrssicherheit soll auch durch Nutzung moderner Technologien verbessert werden.

#### Maßnahmen:

- a) Vorantreiben von Modellprojekten des autonomen Fahrens als Chance für mehr Verkehrssicherheit auf Landes- bzw. Bundesebene;
- b) Anstoß für die Umsetzung der Beschlüsse zum Lkw-Notbremsassistenzsystem in Fahrzeugen mit mehr als 3,5 Tonnen (Geschwindigkeitsreduktion um 20 km/h und Nicht-Abschaltbarkeit über 30 km/h) sowie darüberhinausgehender Regelungen auf Landes- bzw. Bundesebene;
- c) Vorantreiben der Nachrüstung insbesondere der landeseigenen Lkws mit Abbiegeassistenzsystemen (digitale Rückspiegel).
- d) Stärkung des Sicherheitsgefühls von Radfahrerinnen und Radfahrern durch die Erstellung eines Lagebildes zur Unterschreitung des Überholabstands von Radfahrenden, unter Nutzung entsprechender Monitoringinstrumente, wie bspw. von Seitenabstandsmessern und Umsetzung maßgeschneiderter Folgemaßnahmen.

#### Zuständigkeit:

Verkehrsministerium, Innenministerium



## Baden-Württemberg

### 9 Ausweitung der gemeinsamen Fortbildungen und des Wissensaustauschs

Im Rahmen des Personalwechsels besteht auch bei den Behörden die Gefahr, dass Erfahrungswissen verloren geht. Darüber hinaus müssen Themen der Verkehrswende in Bewusstsein und Verwaltungspraxis der Behörden verankert werden.

#### Ziel:

Das Fachwissen der behördlichen Vertretenden soll gesteigert und der Wissens- und Erfahrungstransfer gewährleistet werden.

#### Maßnahmen:

- a) Regelmäßige gemeinsame Fortbildung der Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit (Verkehrsbehörden, Polizei, Straßenbauverwaltung);
- b) Wissensmanagement: Zusammenführen und Austausch von Informationen über die Themenfelder in der Verkehrssicherheitsarbeit;
- c) Einführung moderner Arbeitsweisen im Behördenaustausch ergänzend zur hierarchisch-strukturierten Arbeitsweise z.B. über Erfahrungsworkshops.

#### Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium, Innenministerium



## Baden-Württemberg

### 10 Weitere Optimierungen der Unfallverhütung zur Erreichung der „Vision Zero“

Die meisten Verkehrstoten sind auf Landstraßen zu beklagen. So ereignen sich dort jedes Jahr knapp zwei Drittel der tödlichen Verkehrsunfälle. Nicht angepasste Geschwindigkeit ist die Hauptunfallursache auf diesen Straßen. Aber auch fehlerhaftes Überholen ist eine der dortigen Hauptunfallursachen für tödliche Verkehrsunfälle.

Die Begegnung von Tier und Mensch im Straßenraum birgt zudem auch für den Menschen Gefahren. So kann zum einen die Kollision von Tier und Fahrzeug, zum anderen der Versuch, einem Tier auszuweichen, zu einem Unfall mit schweren Folgen führen. Der ressortübergreifende Arbeitskreis „Verkehrssicherheit & Wildtiere“ wurde eingesetzt, um Strategien zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur nachhaltigen Reduktion von Wildunfällen zu erarbeiten. In zwei Modellregionen werden Maßnahmen, die landesweit zur Anwendung kommen könnten, erprobt und auf ihren Erfolg hin bewertet. Der fachkundigen Beratung der Straßenbaulastträger kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs sind die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten der Kraftfahrenden von elementarer Bedeutung für die Verkehrssicherheit – noch immer sind gerade bei schweren Verkehrsunfällen verhältnismäßig oft Lkw beteiligt. Eine ausreichende Zahl von Parkplätzen ermöglicht es den Fahrerinnen und Fahrern von Lkw, rechtzeitig die gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten einzulegen und die Reise anschließend mit voller Aufmerksamkeit fortzusetzen.

#### Ziel:

Schwere Verkehrsunfälle auf Landstraßen durch Fehler beim Überholen sollen verhindert sowie die Unfallprävention im Bereich von Wildtier- und Lkw-Unfällen verbessert werden.

#### Maßnahmen:

- a) Gefahrenorientierte Ausweitung des Überholverbots auf Landstraßen;
- b) Prüfung und ggf. Umsetzung der durch den Arbeitskreis Verkehrssicherheit & Wildtiere zur Reduzierung von Wildunfällen zu erarbeitenden Maßnahmen;
- c) Vorantreiben der bedarfsgerechten Erhöhung der Stellplatzkapazitäten für Lkw, des



## Baden-Württemberg

Stellplatzmanagements inklusive der Gebührensteuerung und Prüfung  
entsprechenden Kontrollplätzen für Polizei, Zoll und BALM sowie der Ausstattung  
der Rastanlagen mit WC-Anlagen an mehrstreifigen Bundesstraßen auf Bundesebene.

Zuständigkeiten:

Verkehrsministerium (a, c), Ministerium für Ländlichen Raum (b)